



21. Dezember 2009

### **Wirtschaftsvereinigung Stahl zum Ergebnis der Klimaschutzverhandlung in Kopenhagen**

Es ist nicht gelungen, in Kopenhagen ein ambitioniertes und gleichermaßen alle Regionen der Welt gemeinsam verpflichtendes Abkommen abzuschließen. Stattdessen war der Gipfel nur zu einer unverbindlichen Erklärung in der Lage. Ein internationales Klimaabkommen muss aus Sicht der Stahlindustrie aber gleiche Ausgangsbedingungen für alle bedeutenden Stahlstandorte der Welt schaffen. Das Ergebnis von Kopenhagen zeigt, dass bis zu vergleichbaren Minderungszielen und Kostenbelastungen noch ein langer Weg zu gehen ist.

Die Politik solle sich wieder auf die Rahmenbedingungen vor Ort konzentrieren, fordert Hans Jürgen Kerkhoff Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, in Düsseldorf: „Im Windschatten von Kopenhagen arbeitet die Europäische Kommission in Brüssel daran, den energieintensiven Unternehmen in Europa weitere erhebliche Belastungen aufzuerlegen“, mahnt er. „Kopenhagen zeigt aber, dass andere Regionen diese Politik nicht mitgehen wollen. Die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen in Deutschland und der Europäischen Union muss wieder stärker in den Blick genommen werden.“ So sei eine vollständige oder teilweise Auktionierung von Emissionsrechten für die Stahlindustrie in Europa nicht denkbar, wenn in anderen Ländern wie China Emissionen kostenlos sind. Solange nicht ein Abkommen eine entsprechende Gleichbehandlung gewährleiste, bleibe daher in der EU eine vollständig kostenlose Zuteilung sowie technisch und wirtschaftlich erreichbare Benchmarks unabdingbar.

Nur mit einer wettbewerbsfähigen Industrie, nachhaltiger Produktion und leistungsfähigen Produkten sei eine ökologische Erneuerung möglich, so Kerkhoff. „Jetzt braucht die Industrie Freiräume, um ihre Leistungen für den Klimaschutz voll ausspielen zu können.“

Die Stahlindustrie in Deutschland bekennt sich zum Ziel eines wirkungsvollen Klimaschutzes. Sie hat ihre durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen je Tonne Stahlerzeugnis seit 1990 um 21,4 Prozent verringert und ist bereit, trotz technologisch zunehmend geringer Spielräume weitere Anstrengungen zu Treibhausreduktion zu unternehmen. Damit die verbundenen zusätzlichen Kosten im globalen Wettbewerb getragen werden können und es nicht zu Abwanderung von Produktion, Arbeitsplätzen und Emissionen in außereuropäische Regionen kommt, müssen im Rahmen des internationalen Klimaabkommens gleiche Ausgangsbedingungen für alle bedeutenden Stahlstandorte der Welt geschaffen werden. Andernfalls wären nicht nur die Stahlindustrie in Deutschland, sondern auch die mit ihr zusammenhängenden industriellen Wertschöpfungsketten einschließlich der Produktion klimaschonender Produkte und Technologien bedroht.

*Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 95.000 Mitarbeiter.*

**Rückfragen:** Beate Brüninghaus Fon + 49(0)211 6707-115 oder 116

[beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de](mailto:beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de)